Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,650.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 50 Mk.
mit Postbeförderung 60 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 307. Mittwoch den 3. November 1886. 80. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

An den hiesigen Volksschulen sind nächste Ostern **21 provisorische Lehrerstellen** zu besetzen, mit denen ein jährlicher Gehalt von je 1400 ℳ verbunden ist.

Bewerber, welche die Wahlfähigkeitsprüfung bestanden haben oder bis Ende des Jahres zu bestehen gedenken, wollen Gesuche und Zeugnisse bis Ende dieses Monats bei uns einreichen.

Leipzig, am 1. November 1886.

Der Schulausschuß der Stadt Leipzig.
Dr. Panitz. Lehnert.

Bekanntmachung,
die Zählung leerstehender Wohnungen betr.

Wie alljährlich soll auch in diesem Jahre am 1. November eine Zählung der leerstehenden Wohnungen und Geschäftslocale durch unser statistisches Amt vorgenommen werden.

Wir fordern demgemäß die Herren Hausbesitzer und Hausverwalter auf, die ihnen zugehenden Formulare vollständig und richtig auszufüllen und zur Wiederholung bereit zu halten.

Leipzig, den 23. October 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
No. 915 St. A. L. Dr. Georgi. Haffe

Bekanntmachung.

Schnee und **Eis** darf in diesem Winter auf folgenden Plätzen abgeworfen werden:

1) auf der am **Fahrwege nach dem Berliner Güterbahnhofe** gelegenen Parzelle Nr. 2786 der Stadtflur,
2) auf dem **zwischen dem neuen Johannisfriedhofe** und **dem Windmühlenwege** liegenden Theile der Parzelle Nr. 2445 der Stadtflur,
3) auf dem öffentlichen Schuttabladeplatze **hinter dem neuen Schützenhause,**
4) auf dem öffentlichen Schuttabladeplatze **im Rosenthale,**
5) auf dem **an der Pestalozzistraße zwischen Grassi- und Ferdinand Rhodestraße** gelegenen Communalcale, Theil der Parzelle Nr. 2561 der Stadtflur.

Die vorgedachten Plätze sind durch Placattafeln bezeichnet.

Hierbei bringen wir in Erinnerung, daß das Abwerfen von Schnee und Eis aus den Grundstücken auf Straßen und öffentliche Plätze bei 15 Mark Strafe für jeden Contraventionsfall verboten ist.

Leipzig, den 27. October 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
IX. 10189. Dr. Georgi. Hennig.

Bekanntmachung.

Von dem K. K. Ministerium des Aeußern zu Wien sind die Ausweise über die Waarendurchfuhr durch das Oesterreichisch-Ungarische Zollgebiet und die Waarenausfuhr aus diesem Gebiet während des Jahres 1885 bei dem unterzeichneten Consulat eingegangen und liegen zur Kenntnißnahme der Interessenten während der Geschäftsstunden von 10—12 Uhr Vormittags in der Consulatskanzlei, Reichsstraße Nr. 2, I. aus.

Leipzig, 1. November 1886.

Der K. und K. Oesterreichisch-Ungarische Consul:
Dr. Wachsmuth.

Bekanntmachung.

Für das **Stadtbauamt** wird ein **Techniker** gesucht. Gehalt 100 ℳ pro Monat. Gegenseitige vierwöchentliche Kündigung. Antritt sofort. Meldungen mit Nachweis über die bisherige Thätigkeit sind spätestens bis zum 15. November cr. bei der unterzeichneten Behörde einzureichen.

Weißenfels, den 29. October 1886.

Der Magistrat.
Falkson.

Nichtamtlicher Theil.

Zur bulgarischen Frage.

Die Nachrichten über die Vorgänge in Tirnowa bei Eröffnung der Sobranje fließen auffallend spärlich. Vorläufig liegt nur der Wortlaut der Botschaft vor, mit welcher die Nationalversammlung eröffnet worden ist, über den sonstigen Verlauf der Eröffnungssitzung schweigt der Telegraph. Wir wissen nicht, wie viele Abgeordnete bei der Eröffnungssitzung zugegen waren, ob die ostrumelischen Abgeordneten daran theilnahmen oder nicht. Es ist nicht anzunehmen, daß Zwischenfälle in der Sitzung vorgekommen sind wie russenfreundliche Kundgebungen, da diese schwerlich verschwiegen worden wären, im Gegentheil scheinen die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regentschaft und des Ministeriums gegenwärtig ausgeglichen zu sein. Dafür spricht die Mitunterzeichnung der Botschaft an die Sobranje seitens Karawelow's. Allerdings hat die bulgarische Partei ein wertvolles Zugeständniß an die russische Partei durch die Freilassung der Urheber der Verschwörung vom 21. August gemacht und wahrscheinlich ist dadurch die Einigkeit zeitweise wiederhergestellt worden. Der Preis ist hoch genug, denn die Freilassung der beiden Verschwörer Gruew und Benderew, welche den Fürsten Alexander mit dem Tode bedrohten, falls er Widerstand leiste, ist gleichbedeutend mit der Strafloserklärung des gegen den Fürsten geübten Hochverraths. Die Regierung hat freilich nur einem unerhörten Druck nachgegeben, da General Kaulbars unter Hinweis auf die im Hafen von Varna liegenden russischen Kriegsschiffe mit äußersten Maßregeln drohte, wenn sein Verlangen nach Freilassung der Verschwörer nicht erfüllt würde. Die Regierung hat sich durch die Drohung einschüchtern lassen, aber nur um dadurch die ihr wichtiger scheinende Anerkennung der Sobranje und ihrer Beschlüsse zu erreichen. Ob ihr das gelingen wird, ist eine andere Frage, zunächst hat der Vertreter Bulgariens in Konstantinopel den Auftrag erhalten, den russischen Botschafter Nelidow darüber auszuforschen, ob Rußland geneigt ist, die Sobranje und die von derselben vollzogene Fürstenwahl unter der Bedingung anzuerkennen, daß eine aus beiden Parteien zusammengesetzte bulgarische Regierung gebildet wird. Da hätten wir also wieder einen neuen Versuch auf bulgarischer Seite, eine Verständigung mit Rußland herbeizuführen.

General Kaulbars hatte es anders im Sinn, nach seiner Absicht sollte die bulgarische Partei der russischen einfach das Feld räumen und sich der russischen Willkür unterwerfen. Dazu sollte die Rundreise im Lande dienen, und deshalb wurden die Bauern angestiftet, die russische Schutzherrschaft zu verlangen. Wie es scheint, ist der General mit dieser Veranstaltung auf Hindernisse gestoßen und besonders hat der Belagerungszustand in Sofia sich als das geeignete Mittel bewährt, um jede derartige Kundgebung niederzuhalten. Die Mannschaft der in Varna liegenden Kriegsschiffe ist von General Kaulbars doch wohl nicht für ausreichend erachtet worden, um damit einen entscheidenden Schlag zu wagen.

Die einzige Andeutung über die Parteiverhältnisse der in Tirnowa versammelten Abgeordneten giebt eine Depesche der „Agence Havas", in welcher es heißt: Viele Deputirte sind der Meinung, daß man das Programm nicht ändern solle und halten dafür, daß die gegenwärtige Regierung, wenn sie fallen müsse, wenigstens bis ans Ende eine consequente Haltung bewahren und die Gesetze des Landes zur alleinigen Richtschnur nehmen müsse. Die radicaleren Elemente wünschen einen scharfen Protest gegen die russische Politik und werden, falls Rußland jeden Versuch einer Aussöhnung zurückweist, den Fürsten Alexander wieder wählen. Alle geben sich der Hoffnung hin, daß die Anwesenheit der Russen in Varna einen Conflict mit einigen Mächten oder wenigstens mit England herbeiführen werde. Die russische Partei hofft, daß die Regierung sich durch Rußlands Vorgehen einschüchtern lasse und daß dann die Russenfreunde sicher und leicht ihre Erbschaft antreten werden.

Diese Darlegung der Verhältnisse hat große Wahrscheinlichkeit für sich, inzwischen haben sich aber die Russenfreunde überzeugt, daß ihre Hoffnungen vorläufig noch keine Aussicht auf Erfüllung haben, da die Regentschaft und das Ministerium darin einig sind, daß die Freiheit und Unabhängigkeit Bulgariens aufrecht erhalten werden müssen. Aber wie alles, was seit dem 21. August in Bulgarien geschehen ist, den inneren Widerspruch erkennen läßt, in welchem die Gesinnungen und die Handlungen der Bulgaren zu einander stehen, so tritt diese charakteristische Eigenthümlichkeit der bulgarischen Verhältnisse auch in der Parteigruppirung der Großen Sobranje wieder hervor. Alle Abgeordneten mit Ausnahme der Russenfreunde, deren Zahl bekanntlich sehr gering ist, wollen ein freies, unabhängiges Bulgarien, aber sie wissen sehr wohl, daß sie das ohne den guten Willen Rußlands nicht erreichen können. Deshalb suchen sie sich äußerlich mit Rußland auf einen leidlichen Fuß zu stellen, wenn es ihnen auch noch so schwer wird.

Das Ultimatum des Generals v. Kaulbars ist nirgends ernst genommen worden, man erkennt darin nur einen neuen Einschüchterungsversuch, wie deren schon eine größere Anzahl vorangegangen sind, darunter auch der zeitweise Abbruch des schriftlichen Gedankenaustausches zwischen dem russischen Consulat in Sofia und der bulgarischen Regierung. Kaulbars hat bisher die Taktik befolgt, die Regierung keinen Augenblick zur Ruhe kommen zu lassen, sie unausgesetzt mit Forderungen zu bestürmen und sich schließlich damit zu begnügen, wenn er diese auch nur theilweise durchsetzt. Was bei der ganzen nun schon fast zwei Monate währenden bulgarischen Tragikomödie unbegreiflich erscheint, sind vorzugsweise zwei Dinge: Man versteht es nicht, wie eine Großmacht von der Bedeutung Rußlands sich Angesichts der gesammten civilisirten Welt die Blöße eines so kleinlichen, durchsichtigen Ränkespiels zur Erreichung eines wichtigen Zweckes geben kann, und auf der anderen Seite fragt man sich vergeblich, wo denn die Grenze der Geduld der nächstbetheiligten Mächte liegt. England wartet auf das, was Oesterreich-Ungarn thun wird, und diese Macht scheint wiederum darauf gespannt, wann England aus seiner Zurückhaltung hervortreten wird. Die Türkei verwahrt sich gegen die Annahme der Thatsache einer Allianz mit Rußland und thut doch Alles, um Rußlands Zwecke in Bulgarien zu fördern und zu unterstützen.

Noch ist nichts geschehen, was sich nicht wieder rückgängig machen ließe, die Anwesenheit russischer Kriegsschiffe in Varna ist zwar eine Thatsache ernster Natur, aber diese Schiffe können ruhig wieder nach ihrem Ausgangspuncte zurückkehren, ohne durch ihre Fahrt nach Varna ein Unglück angerichtet zu haben. Leider ist nun aber nicht zu leugnen, daß Rußland seit der Abdankung des Fürsten Alexander schrittweise immer weiter gegangen ist und daß jetzt nichts weiter übrig bleibt, wenn die Vorwärtsbewegung noch fortgesetzt werden soll, als die Ausschiffung von Truppen in Varna und andern vom Schwarzen Meere aus zugänglichen Plätzen Bulgariens. Soll doch General Kaulbars bereits mit der Beschießung bulgarischer Küstenstädte gedroht haben, wenn sich die Regierung seinen Anordnungen nicht fügt. Diese Drohung ist natürlich ebenso blinder Lärm, wie sein Ultimatum, aber der Zweck, zu beunruhigen und einzuschüchtern, wird doch allmälig erreicht und bald wird den Russen nichts mehr übrig bleiben, als die ihm nicht mehr streitig gemachte Herrschaft über Bulgarien anzutreten.

*

Leipzig, 3. November 1886.

* Unter Vorsitz des Staatssecretairs im Reichsamt des Innern Staatsministers **von Bötticher** haben am Montag Mittag 12 Uhr im Reichsamt des Innern die Verhandlungen wegen Erneuerung des **deutsch-schweizerischen Handelsvertrages** begonnen. Es nehmen an denselben als schweizerische Commissare Theil: Gesandter der Schweiz in Berlin Dr. Roth, Legationsrath de Claparède, Landesstatthalter und Ständerath Bümmer, Nationalrath Cramer-Frey, Nationalrath Grosjean-Christer, Fabrikbesitzer Hoffmann, Nationalrath Dr. Stöckel, Ständerath Schoke, Gutsbesitzer Abt, Kaufmann Blumer-Egloff, Fabrikbesitzer Paravicini-Bücher, Kaufmann Rübel, Legationssecretair Dr. Burckhardt und Nationalrath Wunderly von Muralt. Als deutsche Commissare fungiren: Die Geh. Ober-Regierungsräthe Huber und Schraut, Legationsrath Freiherr von Lindenfels, königlich preußischer Ober-Finanzrath von Pochhammer, königlich bayerischer General-Zolldirector von May, königlich württembergischer Ministerialdirector von Mofer, badischer Zolldirector Lepicke und Ministerialrath Schill aus Straßburg.

* Dem **Bundesrath** sind in Bezug auf die zwischen dem Fürsten von **Waldeck** und den waldeckischen Ständen schwebende Streitigkeit wegen Heranziehung des Domanial-Stammvermögens zur Bezahlung der Rothschild'schen Amortisationsgelder noch weitere Schriftstücke des Landesdirectors von Waldeck vom 18. October und des fürstlichen Cabinetsraths an den ersteren vom 13. October d. J. zugegangen. Der Bundesrath hatte bekanntlich unter dem 10. Juni d. J. beschlossen, „die Differenz der schiedsrichterlichen Entscheidung des Reichsgerichts zu unterbreiten", womit sich die Ständekammer einverstanden erklärt hatte. — Dem Bundesrath ist ferner die Uebersicht der Ausgaben und Einnahmen der Landesverwaltung von **Elsaß-Lothringen** für das Etatsjahr 1885—86 mit dem Antrage zugegangen, die Etatsüberschreitungen, vorbehaltlich der bei der Prüfung der Rechnungen sich etwa noch ergebenden Erinnerungen, zu genehmigen.

* In ihrem Bestreben, einer Annäherung zwischen **Conservativen und Nationalliberalen** Schwierigkeiten aller Art in den Weg zu legen, bespricht die „Kreuzzeitung" heute auch die Frage der Feststellung der **Heeresstärke** und bemerkt dabei, in der nationalliberalen Partei scheinen Meinungsverschiedenheiten darüber zu bestehen, unseren als ein Theil der Fraction die Festsetzung der Heeresstärke von Gesetzgebungsperiode zu Gesetzgebungsperiode für angemessen halte. Das ist eine ganz leichtfertige, wenn nicht böswillige Unterstellung, für welche das reactionaire Blatt nicht den geringsten Anhalt besitzt. Die „Kreuzzeitung" verwechselt die Nationalliberalen wahrscheinlich mit ihren eigenen guten Freunden im Centrum, die im Verein mit den Deutschfreisinnigen von der dreijährigen Bewilligung zu sprechen pflegen, wenn sie sich nicht gar auf die einjährige versteifen. Mehr als kühn ist auch der den „Mittelparteien" gemachte Vorwurf, sie wollten die Steuerpolitik versumpfen lassen. Wenn die Branntweinsteuerreform in der vorigen Session nicht zu Stande gekommen ist, und vielleicht auch fernerhin nicht zu Stande kommt, so sind in erster Linie die nächsten Freunde der „Kreuzzeitung" mit ihren agrarischen Maßlosigkeiten daran schuld.

* Zur **Parteilage** wird der „Nationalliberalen Correspondenz" aus parlamentarischen Kreisen geschrieben:

Die Erörterungen über eine Annäherung zwischen den Nationalliberalen und den Conservativen, wie sie in den letzten Wochen in der Presse gepflogen sind, konnten eine unmittelbar praktische Bedeutung nicht beanspruchen, immerhin aber haben sie den Nutzen gehabt, den Weg, welchen die Nationalliberalen stets als den allein zur Gesundung unserer parlamentarischen Verhältnisse führenden bezeichneten, allgemeiner als bisher zur Anerkennung gebracht, seine Betretung erweitert als bisher vorbereitet zu haben. Es ist gewiß erfreulich, daß dieser Meinungsaustausch von conservativer Seite angeregt und von einem bestimmten Organ der Deutschconservativen mit anerkennenswerther Mäßigung und Umsicht geführt worden ist. Dennoch kann man sich dem Eindrucke nicht entziehen, als ob man sich auf conservativer Seite doch noch nicht recht zu der Selbstverleugnung entschließen könnte, welche man den Nationalliberalen zumuthet und die allerdings auf beiden Seiten unerläßlich ist, wenn eine feste nationale Mehrheit zu Stande kommen soll. Man erklärt, über den Verhandlungen mit den Nationalliberalen nicht die Verwandtschaft mit dem Centrum vergessen zu wollen. Worin aber besteht diese Verwandtschaft? Wir sehen ab von den kirchenpolitischen Fragen; denn einmal sind dieselben für die Gestaltung der Dinge im Reichstage — und um diese in erster Linie handelt es sich bei den schwebenden Auseinandersetzungen — von untergeordneter Bedeutung, und dann ist das Zusammengehen in ihnen, da bekanntlich hier auch die extremste Linke auf Seiten der Ultramontanen zu stehen pflegt, durchaus nicht ein eigenthümliches Erkennungszeichen für das Verhältniß zwischen den Conservativen und dem Centrum. Seine specifische Signatur hat dasselbe vielmehr durch den gemeinsamen Kampfum gegen die Gewerbefreiheit, durch das gemeinsame Streben, abgestorbene Formen des gewerblichen Lebens dem natürlichen Laufe der Dinge zuwider durch staatliche Zwangsmaßregeln wiederherzustellen, erhalten. Die unheilvollen Ueberstürzungen von der „schrankenlosen Gewerbefreiheit" und dem durch dieselbe erzeugten Elend, wie sie in einem unter dem Namen des Grafen von Galen bereits 1877 im Reichstage eingebrachten Antrage enthalten waren, sind episch geworden für die ganze von Centrum und Conservativen gemeinsam betriebene Politik. Die nationalliberale Partei hat dazu stets in schroffem Gegensatz gestanden. Sie ist immer bereit gewesen, durch die Erfahrung erwiesene Mängel der Gewerbeordnung abzustellen, offenbare Lücken zu ergänzen; ihre Betheiligung an der Revision von 1878 und an dem Innungsgesetz von 1881 ist Beweis dafür. Aber an der Zerstörung der Grundlage der Gewerbefreiheit selbst wird sie aus wohlerwogener Ueberzeugung niemals mitwirken. Um dieser ihrer Stellung willen ist sie denn auch von Conservativen und dem Centrum, namentlich bei den Wahlen, immer aufs Heftigste angeklagt worden, und noch jüngst wird uns aus Baden mitgetheilt, daß ein dort umherreisender conservativer Handwerkersagitator aus Berlin den Schwerpunct seiner Vorträge in die Bekämpfung der Nationalliberalen legt. Es scheint also, als ob die Conservativen, da sie sich ja der Verwandtschaft mit dem Centrum bewußt bleiben wollen, diese Politik auch ferner zu verfolgen gedächten. Wir unsererseits möchten dagegen meinen, daß, wenn die Conservativen wirklich ein ehrliches Bündniß mit den Nationalliberalen ins Auge fassen wollen, sie vor allem Anderen Dasjenige, was ihnen mit dem Centrum gemein ist, gar sehr werden in den Hintergrund treten lassen müssen.

* Am 28. November wird in Karlsruhe ein **Parteitag der badischen Nationalliberalen** stattfinden.

* * *

* Der **Anarchismus** trägt zur Zeit sein Haupt in **Belgien und England** besonders hoch. Im einen wie im anderen Lande tritt er mit einer Keckheit und Nonchalance auf, als gehörte ihm nicht allein die Zukunft, sondern beinahe auch schon die Gegenwart. Die Stadt Charleroi wurde am Sonntag zum Schauplatz einer anarchistischen Heerschau gemacht, auf welchen Genuß sie sich durch Configurirung der Bürgerwehr zweckdienlich vorbereitete; der Londoner Polizeichef, Mr. Fraser, aber, welcher in den Geist der humanitairen Bestrebungen des Anarchismus noch so wenig eingedrungen ist, daß er seinem Amtsbezirke eine Wiederholung der rohen Gewaltscenen des vergangenen Winters ersparen möchte und deshalb die zum Londonerstage als „Arbeiterumzug" geplante Zusammenrottung des Londoner Pöbels kurzweg inhibirt hat, wird wegen dieser ebenso verständigen als gebotenen Vorsichtsmaßregel von den erbosten Anarchisten in Gestalt offener Briefe förmlich inquirirt und mit Provocationen und Drohungen überhäuft. Dieses großspurige Auftreten des Anarchismus ist in Wahrheit kaum etwas Anderes als eitel Wind und Prahlerei. Sowohl in England als in Belgien sind die Regierungen im Verein mit den politischen Vertretungskörperschaften darüber aus, Maßregeln zur Abhilfe der socialen Depression ins Werk zu setzen. Der Kern des Arbeiterstandes ist dort wie hier den verbrecherischen Bestrebungen des Anarchismus fern geblieben; denn dem wirklichen Arbeiter ist es weniger um Zertrümmerung des allgemeinen Wohlstandes als um Verbesserung des eigenen Loses zu thun, und er ist vollkommen in der Lage, einzusehen, daß Dynamitattentate und dgl. der allerverkehrteste Weg wären, die öffentlichen Sympathien, welche durch die anarchistischen Frevelthaten der letzten Jahre schon so sehr beeinträchtigt worden, den Wünschen und Hoffnungen des Arbeiterstandes zu erhalten. Socialismus und Anarchismus haben den Arbeitern schon ungeheuere materielle Opfer zugemuthet, aber ihnen noch nicht den geringsten positiven Nutzen gebracht. Angesichts der jetzt sich anbahnenden Reformvorbereitungen werden die Hetzer von der Besorgniß ergriffen, daß ihren Anhängern demnächst die Schuppen von den Augen fallen möchten. Sie agitiren deshalb, wie das englische und belgische Beispiel zeigt, mit verdoppeltem Fanatismus und ersetzen das Manko an Ehrlichkeit in ihrem Programm durch ein Uebermaß von Frechheit. Am weitesten geht in dieser Hinsicht die englische Anarchistenrotte, welche an den Londoner Polizeichef ein drohendes Ultimatum gerichtet hat, wenn er ihnen nicht binnen 24 Stunden den Willen zu thun erklärt. Nach seinem bisherigen Auftreten zu urtheilen scheint aber Mr. Fraser nicht der Mann, der vor anmaßlichen Drohungen einer Handvoll Dynamitapostel zu Kreuze kröche.

* In **Frankreich** taucht aufs Neue das Gerücht von der Demission des **Bauternministers Baihaut** auf. Dasselbe gründet sich diesmal auf die Thatsache, daß Baihaut an dem am Sonnabend abgehaltenen Ministerrathe nicht theilnahm. Es heißt ferner, Freycinet hoffe, den Minister zum Bleiben bewegen zu können, derselbe aber habe verschiedenen seiner Fractionsgenossen erklärt, er habe die Sache satt und wolle sich nicht länger von den Intimen seiner radicalen Ministercollegen angreifen und Schwierigkeiten jeder Art bereiten lassen. Man befürchtet, daß der Rücktritt Baihaut's eine allgemeine Ministerkrisis herbeiführen würde, welche anläßlich der Demission Sadi Carnot's und Sarrien's schon auszubrechen drohte. Von anderer Seite heißt es, Freycinet habe dem Bauternminister die Demission zugesichert, sobald dieselbe ohne Gefahr für das übrige Ministerium möglich sei. Baihaut soll bereits aus dem Ministerhotel ausgezogen sein und Frankreich verlassen haben.

* Der „Soleil" erwähnt und bestätigt die Meldung, auf den **Grafen von Paris** sei ein Anschlag gemacht worden.

* Ueber die jüngste Reformmaßregel des **spanischen Cabinets**, wonach die Feldwebel aller Waffengattungen mit Ausnahme der Guardia civil (Gendarmerie) und der Carabineros (Zoll- und Grenzwächter), 1200 an der Zahl, aus dem activen Heere in die Reserve versetzt worden, und zwar so, daß sie über die ganze Halbinsel vertheilt sind und keiner in Zukunft der Reservetruppe seines bisherigen Regiments angehört, ist noch zu bemerken, daß sie als Ausgleich höheren Sold und die Berechtigung erhalten, in eine Officiersschule einzutreten und nach zweijährigem Besuch und bestandener Prüfung in die Linie zurückzukehren oder eine ihrem Range entsprechende Civilstellung zu beanspruchen. Die Veranlassung zu dieser Maßregel ergiebt sich einfach aus der Geschichte der Militairaufstände in Spanien, wo die meist lebenslänglich dienenden Feldwebel kraft ihres großen Einflusses auf die Mannschaften stets eine hervorragende Rolle spielten.

* Das Reuter'sche Bureau dementirt die Meldung, daß **Lord Lytton** demnächst Lord Lyons als britischen Botschafter in Paris ersetzen solle.

* Man ist sich in den competenten **New-Yorker Kreisen** darüber einig, daß **Henry George** keine Aussicht hat, zum Bürgermeister gewählt zu werden. Er wird vielleicht als dritter bei der Wahl 45,000 Stimmen auf sich vereinigen gegen die Gesammtsumme von 225,000 Stimmen. Sein Einfluß schwindet von Tag zu Tag, besonders in Folge seiner eigenen heftigen Reden. In seiner letzten Rede äußerte er sich folgendermaßen: „Wenn ich gewählt werde, soll es keinen Polizisten mehr geben. Ich werde die Fesseln der Polizeiwirthschaft lösen und die Polizisten zu Dornen des Volkes machen. Ich bin dafür, daß die Pferdebahnen so frei sein sollen wie die Luft. Die Arbeiter sollen keine Miethe bezahlen. Die französische Revolution ist im Begriff, sich selbst zu wiederholen." Solche Aeußerungen haben das Vertrauen der besseren Arbeiter zu ihm erschüttert und in Folge dessen hat er versucht, sich dadurch zu halten, daß er drohte, die „Ritter der Arbeit" würden alle Arbeiter, welche ihm am Wahltage ihre Stimmen verweigerten, boycotten. Das hat ihm am meisten geschadet. Wie groß die Zahl seiner Anhänger, die sich aus Socialisten, Boycottern und unbeschäftigten Arbeitern recrutiren, noch ist, weiß man nicht, nur das steht fest, daß sie nicht stark genug sind, ihn bei der Wahl durchzubringen.

Die österreichisch-ungarischen Ausgleichsverhandlungen.

* Die gesammte Presse dies- und jenseits der Leitha wendet ihre Aufmerksamkeit fortwährend der Ausgleichsfrage zu, welche sowohl in Ungarn als in Oesterreich, je nach der Parteirichtung der Blätter, zu verschiedenartigen Auffassungen und Forderungen führt. Dabei kann sich der objective Beobachter nicht verhehlen, daß gerade diese Ausgleichsfrage ganz besonders geeignet ist, auf die politische Lage der cisleithanischen Reichshälfte, auf das Regierungssystem des Grafen Taaffe und seine parlamentarische Mehrheit ein bezeichnendes Schlaglicht zu werfen.

Diese Wahrnehmung geht vor Allem aus den Aeußerungen der czechischen Presse hervor, die über die Wendung, welche die Ausgleichsangelegenheit genommen, sehr kleinlaut, ja fast hoffnungslos klingen. Ueber die Stellung und Haltung der Czechen gegenüber jener für Oesterreich-Ungarn wichtigen Frage sind schon seit längerer Zeit so viele sich widersprechende Nachrichten in die Presse gedrungen, daß das große Publicum eigentlich nicht recht wußte, wie sich schließlich die Czechen zu der ganzen Angelegenheit verhalten werden. Gegenwärtig besteht darüber keinerlei Zweifel mehr; man braucht nur einen Blick in die stimmführenden czechischen Blätter zu werfen, um zur Ueberzeugung zu gelangen, daß im gesammten czechischen Lager die Enttäuschung und Entmuthigung über die Ausgleichsangelegenheit sehr groß sind. So behaupten die „Narodni Listy", daß in der Bankfrage Alles verloren wurde und geben in Folge dessen den Czechen den heldenmüthigen Rath, den „Tod durch das breite Schlachtschwert" zu wählen. Die Alttschechen geben sich indeß den Anschein, in weniger verzweiflungsvoller Stimmung zu sein, aber besonders froh ist ihnen jedenfalls auch nicht zu Muthe. Sollen wir deshalb, meinen sie, weil wir in der Bankfrage unterlegen sind, den Sturz des Ministeriums Taaffe herbeiführen, was allerdings in der Macht der czechischen Abgeordneten läge, und neuerdings den Kampf mit einem centralistischen Ministerium beginnen, der jedenfalls nicht zur Erreichung unserer Wünsche in der Bankfrage führen würde? Das wäre eine Thorheit, vor